

**Zeitschrift:** Schweizer Spiegel  
**Herausgeber:** Guggenbühl und Huber  
**Band:** 12 (1936-1937)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Von der schweizerischen Neutralität heute  
**Autor:** Eppenberger, Max  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1066197>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# *Von der schweizerischen* **NEUTRALITÄT** *heute*

*Von Max Eppenberger*

Illustration von  
H. Tomamichel

Als Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung und Erfahrung vertritt die Schweiz für sich den aussenpolitischen Grundsatz der Neutralität.

Wir haben versucht, diese Staatsmaxime auch aufrecht zu erhalten, als wir 1920 in den Völkerbund eintraten, durch die Schaffung der sogenannten differentiellen Neutralität. Heute bestehen in unserm Volke zwei Strömungen, die sich gegen die heutige offizielle Neutralitätspolitik wenden. Einmal eine Strömung, die auf die Wiederherstellung der alten,

vor 1920 geltenden, absoluten Neutralität der Schweiz hinzielt. Eine zweite Strömung vertritt den Standpunkt, die schweizerische Neutralität lasse sich heute überhaupt nicht mehr aufrechterhalten. Auch unser Land müsse sich eindeutig und heute schon für die grossen politischen Richtungen entscheiden, die in Europa in den letzten Jahren entstanden seien. Hierher gehört der Vorstoss, welchen die Sozialdemokratie vor kurzem in der Frage der Spanienpolitik des Bundesrates unternahm.

Wir wissen heute alle nicht, welche Wendung das aussenpolitische Spiel der europäischen Staaten in den kommenden Jahren nehmen wird. Nur über das eine können wir sicher sein: es wird mit hohen Einsätzen gespielt, und entsprechend gross ist die Gefahr eines fahrlässigen oder auch böswilligen Kurzschlusses. Für uns besteht deshalb die dringende Notwendigkeit, für uns selber und für die andern völlige Klarheit zu schaffen über die Haltung, welche wir im europäischen Konfliktfall einnehmen werden. Von andern Staaten weiss jede europäische Macht, die als Angreifer in Frage kommt, dass jene sich die Entscheidung über ihre Einmischung oder Nichteinmischung vorbehalten werden. Von der Schweiz müsste jeder Angreifer wissen, dass sie sich zum mindesten militärisch unter keinen Umständen einmischen wird, es sei denn, sie werde selber angegriffen. Es ist klar, dass eine solche Erwartung der Nichteinmischung, der Neutralität also, sehr stark begründet sein muss, um von einem Angreifer, der ja auch einen Vorteil davon haben kann und soweit er das hat, in seine Berechnung eingestellt zu werden. Wenn er nicht sicher ist, dass wir uns selbst an unsere Neutralität halten werden, so wird er uns nicht anders behandeln als andere Staaten, von denen er zum vornherein weiss, dass sie nur nach ihrem jeweiligen eigenen Interesse entscheiden werden. Ein Haupterfordernis dafür, dass die Neutralitätsmaxime demjenigen, der sie aufstellt, im Ernstfall auch etwas nützt, ist also, dass Verlass

auf sie sei. Werden wir selber in diesem Punkt unsicher, so verliert auch der andere das Vertrauen dazu.

Eine Diskussion über die Neutralität bringt so ohne weiteres schon eine gewisse Gefahr mit sich. Aber, da die Diskussion nun einmal da ist, muss sie auch durchgeführt werden. Eine gründliche Ab- und Aufklärung ist besser als das Bestehen von Zweideutigkeiten. Um so mehr muss die Frage der Neutralität auch in der breiten Öffentlichkeit gestellt und beantwortet werden, als sie gerade heute für die auswärtigen Mächte nicht nur insofern eine Rolle spielt, als etwa unsere jetzige oder eine künftige Regierung in Betracht kommt. Die Mächte kümmern sich heute mehr als früher darum, ob eine Regierungspolitik auch sicher darauf rechnen kann, von den jeweiligen innerpolitischen Kräften unterstützt zu werden. Ist diese Grundlage in irgendeinem Punkte schadhaft, so wird dieser Umstand ohne weiteres in die Berechnung eingestellt und gegebenenfalls auch rücksichtslos ausgenützt werden. Es darf also nicht sein, dass Teile des Volkes bei dritten Staaten irgendwelche Hoffnungen auf eine unneutrale Haltung wecken.

Es soll hier nur von der *Hauptgefahr* die Rede sein, welche heute unsere *Neutralitätsauffassung bedroht*. Sie rührt von der *Vermengung aussenpolitischer und innenpolitischer Gesichtspunkte* her. Nicht, als ob das eine neue Erscheinung wäre. Schon das Frankreich der französischen Revolution lebte in einem Interventions- und Missionsgedanken; in der umgekehrten Richtung operierte die Politik der heiligen Allianz. Das ausgehende 19. Jahrhundert brachte die Idee einer internationalen Solidaritätspolitik der Arbeiterbewegung im weitesten Sinne. Die Vorstellung war: nicht Kampf zwischen den nationalen Staaten, sondern Kampf zwischen den Klassen, wobei die Folgerung wenigstens theoretisch unvermeidlich war, dass die Klasse, die in

einem Staate gesiegt hat, der Klasse im andern Staat auch mit aussenpolitischen Mitteln des eigenen Staates zu Hilfe kommen müsse. Schliesslich haben wir den Feldzug der Westmächte für Demokratie und Freiheit am Ende des Weltkrieges alle selber erlebt. Die russische Revolution von 1917 leitete die Revolutionsarbeit des Kommunismus ein, die sich zum mindesten zeitweise über die ganze Welt erstreckte. Und heute stehen wir nach der Meinung vieler Leute, auch verantwortlicher Politiker und Publizisten, vor einer *weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus, Faschismus und Demokratie*. Wenn die Demokratie sich nicht für die eine oder andere Seite entscheide, so werde sie im Zusammenstoss der beiden andern Mächte zermalmt werden.

Was ist von unserem *schweizerischen Standpunkt* zu dieser These zu sagen? Die Unsicherheit in den aussenpolitischen Beziehungen der europäischen Staaten hat heute einen maximalen Grad erreicht. Keiner traut dem andern über den Weg, und jeder macht sich, gestützt auf eigene Kraft und Beziehungen, deren Verlässlichkeit gewöhnlich nicht über jeden Zweifel erhaben ist, auf das Schlimmste gefasst. Man denkt an Tiger in einem Käfig, die sich misstrauisch umschleichen und jeden Augenblick aufeinander losstürzen können. In diesem unheimlichen Durcheinander, das keine Regeln mehr zu kennen scheint, gilt es für uns, *diejenige Linie zu halten, die noch am meisten Sicherheit verspricht*. Jedenfalls dürfen wir die Unsicherheit um keinen Preis noch dadurch steigern, dass wir für unsere aussenpolitische Haltung Gründe massgebend werden lassen, welche unsere Innenpolitik bestimmen oder von politischen Sympathien und Antipathien für dieses oder jenes politische System des Auslandes getragen werden. Es darf für eine *Aussenpolitik nur zwei gültige Maximen* geben: einmal die *Wahrung der Existenz des eigenen Landes*, wie es gerade ist und ohne Rücksicht darauf, ob einem die innern

Zustände passen oder nicht. Und sodann die *Friedenserhaltung in der Staatengemeinschaft*.

Dieses zweite Ziel mag heute, scheinbar oder wirklich, etwas in den Hintergrund getreten sein. Jedenfalls gilt die erste Maxime klar und eindeutig. *Wir haben einzig und allein den äussern und innern Bestand unseres Landes zu wahren und zu festigen*, wir haben weder dem Sieg eines sogenannten Ordnungsprinzips in der Welt zu dienen und dasselbe irgendwie zu fördern, noch haben wir durch eigenes staatliches Handeln die sogenannte Freiheit in irgendeinem Lande der Welt zu retten. Wie wir unsere innere staatliche Ordnung gestalten, darüber entscheiden allein wir selber, und wir verbitten uns jede Einmischung in diese Fragen unter allen Umständen. Mag sein, dass unsere Abwehr in dieser Beziehung härter sein sollte, als sie es tatsächlich ist. Umgekehrt haben auch wir uns *jeder Einmischung in die innern Zustände anderer Staaten zu enthalten*. Sie gehen uns einfach nichts an. Jedes Volk muss darin frei sein. *Ohne diese alte Grundregel ist überhaupt keine Gemeinschaft unabhängiger Staaten möglich*. Halten wir uns selber nicht daran, so können wir uns auch nicht darauf berufen.

*Aussenpolitik* ist überlieferungs-gemäss dasjenige Gebiet der Politik, wo mehr als anderswo die *rücksichtslos reale Erwägung von Tatsachen und Interessen* allein den Ausschlag gibt oder geben soll, und wo es unter Umständen um die *Existenzfrage im strengen Sinne geht*. Das aber passt den Politikern der Leidenschaft, die aus der Zone der innerpolitischen Parteikämpfe eines Landes kommen, nicht, oder sie sehen es nicht ein. Aber es wäre für ein Land sicher verderblich, wenn die Parteipolitiker darüber zu bestimmen hätten, was dieses Land aussenpolitisch zu tun und zu lassen habe. Denn sie vermögen nun einmal die Dinge nicht zu sehen, wie sie sind, wie sie gesehen werden müssen unter dem einzigen Blickpunkt des dauernden Landes-

interesses. Wir können das gerade in der Frage der weltpolitischen Auseinandersetzung, der sogenannten Weltanschauungen, in welcher wir angeblich mitten drin stehen, deutlich erkennen.

An zwei konkreten Fragen lässt sich diese Behauptung schön belegen. Es wird gesagt, das *Schicksal der Demokratie* werde in Spanien entschieden. Andererseits soll die *Rettung der europäischen Zivilisation* vor der asiatischen Barbarei des Kommunismus in Deutschland geschehen sein und noch geschehen. Sind wir nicht ganz von Partei- und Partisanenleidenschaft geblendet, so müssen wir nach kürzestem Besinnen einsehen, dass wir das Opfer eines aufgelegten *grandiosen Propagandaschwindels* würden, wenn wir die beiden Behauptungen für Wahrheit nähmen. Es gibt selbstverständlich Leute in Moskau, Paris und Berlin, die ein sehr reales Interesse haben, dass ihre Behauptungen geglaubt werden. *Wir aber haben ein vitales Interesse, dass wir diesen Leuten nicht auf den Leim kriechen und so ihre Geschäfte mitbesorgen!* Eines ist jedenfalls sicher: dass diese Leute nicht die demokratische Freiheit und nicht die Rettung der europäischen Zivilisation und Kultur im Auge haben, sondern bestenfalls ihre deutschen und russischen Nationalinteressen oder auch noch (vielleicht) die Weltrevolution im Sinne der Komintern. Lassen wir die Hände von diesen Dingen! Wir haben keinerlei Interesse daran, dass das Ordnungsprinzip des Dritten Reiches über Europa herrsche, noch daran, dass das nationale Russland oder die kommunistische Weltrevolution sich Stützpunkte im westlichen Europa schaffen.

Aber etwas Weiteres wollen die sentimentalen Weltanschauungspolitiker nicht einsehen: *es kommt bei diesen grossen Auseinandersetzungen*, auch soweit sie wirklich vorhanden und nicht bloss Verhüllung und Vernebelung gewöhnlicher Machtkämpfe sind, *in Gottes Namen nicht auf die Schweiz an* und nicht auf die übrigen europäischen Kleinstaaten. Ob



Walter Sautter

Bleistiftzeichnung

sich die Demokratie in Westeuropa hält, wird in Frankreich und England innen- und aussenpolitisch entschieden, nicht bei uns und nicht in Spanien. Wir werden uns wehren, wenn man uns angreift; dann gibt es keinen Zweifel, wo wir hingehören. Werden wir aber nicht hineingezogen, so hängt die Entscheidung in keiner Weise von uns ab, wir können schon ruhig draussen bleiben. Alles andere wäre Grössenwahn. Es ist in der abendländischen Geschichte immer so gewesen, dass die *grossen Entscheidungen von den Grossmächten ausgefochten* wurden, die Kleinstaaten waren lediglich die Nutzniesser oder auch die Leidtragenden. *Wir können da so wenig dazu tun, dass das selbstverständliche Gut der eigenen Friedenserhaltung uns immer wichtiger erscheinen wird.* Hoffen dürfen und können wir, da es in unserm eigenen Interesse liegt, dass die alten westeuropäischen Demokratien die Krise bestehen werden; mehr kommt uns nicht zu. Es kann uns dabei auch gar nichts passieren: werden wir miteinbezogen, so werden wir unsern Mann zu stellen haben; werden wir es nicht, so würde auch unsere Intervention an der schliesslichen Entscheidung nichts zu ändern vermögen.



Verlieren die Demokratien, so gehen wir mit unter, oder aber wir vermögen uns aus andern Gründen zu retten.

Hier können weitere Erwägungen angeschlossen werden. Man sagt uns, *Neutralität sei feige, sei unmoralisch, nicht nur sachlich unmöglich und kurz-sichtig*. Wir Schweizer gelten als nüchtern. Bleiben wir es ruhig auch in dieser Diskussion! Wir wollen weder Heldentum noch Idealismus als Grundprinzip des politischen täglichen Lebens. Es soll uns genügen, wenn wir uns im politischen Ernstfall einmal tapfer und anständig benehmen. Neutral sein heisst doch einfach, sich von den Streitigkeiten der andern, will sagen der Grossmächte, fernhalten. Es fragt sich, ob in dieser Haltung der Neutralität irgend etwas Verwerfliches gesehen werden kann. Wir Menschen des 20. Jahrhunderts sollten eigentlich nachgerade genug von der sogenannten *hohen Politik der Staaten* mitangesehen und vielleicht auch miterlebt haben, um für uns wenigstens absolut sicher zu wissen, dass es dabei im Entscheidenden einzig und allein um *Existenz- und Machtfragen* der beteiligten Staaten geht und keinesfalls um irgendwelche menschlichen Ideale, denen wir auch politisch unbedingt verpflichtet wären. *Was sollte uns eigentlich veranlassen, in diese Machtkämpfe unsererseits einzugreifen*, Stellung zu nehmen für oder wider eine Partei? Ich sehe nicht einen Grund. Ich sehe auch nicht ein, was wir uns dabei vor unserm politischen oder menschlichen Gewissen vergeben sollten. Es geht eben einfach nicht um «höhere Ziele», auch nicht um soziale Ideale, um nichts dergleichen, sondern rein um Machtbehauptung und Machtausdehnung. *Alle beteiligten Grossstaaten mögen heute vorschieben an Weltanschauungen, Ideologien und Prinzipien, was sie wollen, ihr entscheidendes Handeln wird hauptsächlich von ihrem Existenzinteresse bestimmt werden*. Darauf dürfen wir uns verlassen. Sollen wir da irgendwelche idealen Kastanien aus dem Feuer holen, ohne auch nur zu merken,

dass wir dabei sehr reale fremde Geschäfte besorgen? Gewiss nicht. Denken wir bloss an eine bestimmte Möglichkeit der Zukunft, um uns das klar zu machen. Kommunismus und Nationalsozialismus, Russland und Deutschland, bekämpfen sich heute mit ärgstem Hass und abgründiger Erbitterung. Aber wir werden es vielleicht noch erleben, dass die beiden Mächte wieder, aussenpolitisch, zusammengehen. Das wird dann ein Muster von Realpolitik sein und nicht Propaganda für diejenigen, die mit Blindheit geschlagen sind.

Bescheiden wir Schweizer uns also! *Neutralität ist nichts Ehrenrühriges, sondern eine gesunde und ganz nüchterne politische Maxime*, die zwingend sich aus unserer Lage als Kleinstaat mitten zwischen ewig rivalisierenden Grossstaaten Europas ergeben hat und deren guter Sinn und Richtigkeit auch heute fortbesteht. Sie ist eine Garantie unserer nationalen Existenz, ein politisches Mittel, unsere Unabhängigkeit zu einer freien und von uns nach unserm Willen und unsern Bedürfnissen gestalteten staatlichen Existenz zu behaupten. Freilich keine absolute Garantie, das kann es nicht geben, aber doch die beste Möglichkeit, über die wir heute verfügen. Werden wir Schweizer, über alle Anfechtungen hinaus, die aus den staatlichen und heute auch internationalen Parteikämpfen entstanden sind, wieder einig in dem unbeugsamen Willen, einfach das Dasein unseres Staates und unseres Volkes schlechthin und unter allen Umständen nach aussen zu behaupten! Mögen die andern tun, was sie wollen, es geht uns politisch nichts an; wir haben ja keine Macht darüber und sind dafür auch nicht verantwortlich. Wir wollen einzig unser eigenes Leben leben. Nicht als Spiesser und Egoisten, sondern als vernünftige Menschen, die die Grenzen ihres Tuns und ihrer Möglichkeiten kennen. Ist nur dieses Leben unsern Fähigkeiten angemessen und nützt vielleicht auch den andern noch in etwas, so wird es gut gewesen sein.